

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 64. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zehn Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir können heute wieder einem Kollegen gratulieren, der **Geburtstag** hat. Herr André Stinka feiert seinen 42. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Erstens. Der Abgeordnete Garbrecht hat in der Plenarsitzung am 28. März 2007 zu TOP 10 Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Romberg auf einen Redebeitrag der Abgeordneten Veldhues mit eigenen Zwischenrufen beantwortet. Einer dieser Zwischenrufe wurde im Protokoll mit „Hetzer“ festgehalten. Sitzungspräsident Moron hat den Zwischenruf später im Verlauf der Plenardebatte gerügt.

Dieser Eintrag ist nach Überprüfung nicht mehr zu rechtfertigen, weil es höchst unterschiedliche Versionen vom Wortlaut des Zwischenrufs gibt. Deshalb wird der Eintrag im Protokoll korrigiert. (Siehe Seite 7320) Auch die darauf fußende Rüge trifft dann nicht mehr zu; sie wird ebenfalls zurückgenommen.

Zweitens. Die Fraktionen haben sich inzwischen darauf verständigt, die Beratungen zu TOP 12 „Landesentwicklungsprogramm“ als neuen TOP 6 vorzusehen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. – Gibt es dagegen Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

- 1 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) – Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – SGB VIII**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4410

erste Lesung

Zur Einbringung erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Laschet das Wort. Bitte schön.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hatte schon bei einer Unterrichtung vor einigen Wochen nach dem Kabinettsbeschluss über die Grundzüge des neuen Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern berichtet. Das neue KiBiz soll die individuelle Förderung der Kinder verbessern, neue Möglichkeiten der Sprachförderung eröffnen und den Ausbau von Plätzen für die unter Dreijährigen vorantreiben. Es verantwortet Familienzentren als Partner für die Eltern und hilft den Kindertageseinrichtungen, dem Bedarf der Eltern nach mehr Flexibilität in den Betreuungszeiten gerecht zu werden.

Ich will betonen: Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz, dem KiBiz, bekommt die Bildung, Förderung und Betreuung von nordrhein-westfälischen Kindern, die noch nicht zur Schule gehen, einen grundlegend verbesserten Rahmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind stolz darauf, das, was für die Vorgängerregierung außer Reichweite lag, erreicht zu haben.

(Beifall von der CDU)

Das neue Gesetz enthält eine Fülle von Regelungen, die zwar finanzielle Auswirkungen haben, aber in erster Linie konzeptionelle Verbesserungen mit sich bringen. Ich nenne Ihnen einige Beispiele:

Die Möglichkeit zu flexibleren Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen ist eine Antwort für Eltern gerade zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die intelligente Verknüpfung verschiedener Leistungen für Kinder und Eltern, vor allem von Beratungsleistungen in den Familienzentren, antwortet auf aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen, die inzwischen auch in anderen Bundesländern, beispielsweise in Schleswig-Holstein, erörtert werden.

Die frühe Sprachförderung schon zwei Jahre vor der Einschulung ist ebenfalls ein innovativer Ge-

danke dieses neuen Gesetzes. Wenn am Donnerstag die Ministerpräsidenten der Bundesländer zusammenkommen und den Länderbeitrag zum nationalen Integrationsplan beschließen, nehmen sie genau auf Nordrhein-Westfalen Bezug.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Lieber nicht, das wäre eine Katastrophe!)

Die anderen 15 Länder sagen: Wir werden es genauso machen wie ihr mit eurem KiBiz. – Insofern ist das eine innovative Erneuerung.

(Beifall von der CDU)

Diese qualitativen Verbesserungen sind nicht alleine mit den Begriffen und den Instrumenten des Haushaltsrechts zu erfassen. Aber wir sind uns bewusst, dass mit diesen konzeptionellen Verbesserungen und dem quantitativen Ausbau der Betreuung für die unter Dreijährigen auch erhebliche finanzielle Auswirkungen verbunden sind.

Schauen Sie sich den Ausbau der Plätze für die unter Dreijährigen an: 2001 bis 2005 erfolgte ein Ausbau auf etwa 11.000 Plätze, ohne wesentliche Steigerungen. Heute sind es 16.000 Plätze, schon im nächsten Jahr sind es 34.000 Plätze, und im Jahre 2010 werden es 66.500 Plätze alleine in der institutionellen Betreuung von unter Dreijährigen sein. Das ist ein riesiger Schub, und wir holen damit etwas auf, was in den Jahren zuvor versäumt worden ist.

Es ist aber auch wichtig, dass das Ganze durch ein stabiles Finanzgerüst getragen wird, und deshalb werden mit dem neuen Gesetz die Ausgaben für Kinder unter sechs Jahren steigen. Der Finanzminister hat gestern – ich glaube, das war nicht nur nett gemeint – im Kabinett gesagt, der Kollege Laschet sei ihm immer lieb und teuer. Das ist der einzige Haushaltsposten, der auch im Jahre 2008 mehr Geld erhält, und dabei geht es nicht um den Kollegen Laschet, sondern um Kinder. Es gibt mehr Geld für Kinder,

(Zurufe von SPD und GRÜNEN – Achim Tüttenberg [SPD]: Da ist am meisten gekürzt worden!)

und das ist die Botschaft dieses neuen Gesetzes.

(Beifall von der CDU)

Es gibt Jahre 2008 – so hat das Kabinett gestern beschlossen, und es wird dies dem Landtag zuleiten – 150 Millionen € mehr. Es gibt 869 Millionen € für die Kindertagesstätten im Lande.

(Beifall von der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN – Hannelore Kraft [SPD]: Früher haben Sie gekürzt!)

Und im Jahre ...

(Hannelore Kraft [SPD]: Erst 160 gekürzt! Diese Taschenspielertricks nimmt Ihnen niemand mehr ab!)

– Liebe Frau Kraft, Sie haben jetzt erneut, wie schon so oft,

(Unruhe – Glocke)

„160 Millionen € gekürzt!“ in den Landtag hineingerufen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir einmal erklären würden, wo Sie diese 160 Millionen € festmachen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Im Haushalt! Ich kann lesen! – Gisela Walsken [SPD]: Das ist relativ einfach!)

Es gibt keine Kürzungen um 160 Millionen €; das wissen Sie ganz genau.

(Hannelore Kraft [SPD]: Natürlich gibt es die!)

Es gibt ein Thema, über das wir streiten, und das ist der Elternbeitragsdefizitausgleich. Das ist aber ...

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Liebe Frau Kollegin, das ist kein ...

(Fortgesetzt Zurufe von SPD und GRÜNEN – Andrea Asch [GRÜNE]: 2006 Sparhaushalt!)

Schauen Sie es sich an – Sie können es gleich hier am Rednerpult des Landtags erläutern –: Bei den Kindertagesstätten des Landes gab es keine Kürzungen im Jahre 2006. Es gab keine Kürzungen im Jahre 2006!

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

– Sie brauchen sich gar nicht so aufzuregen. Entspannen Sie sich! Sie sind das vielleicht noch aus Ihrer Zeit gewöhnt gewesen. Es gab dramatische Kürzungen in den Jahren vor 2005.

(Fortgesetzt Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das Einzige, was wir im Jahre 2006 gemacht haben, war, einen Trägerkonsolidierungsbeitrag fortzuschreiben, den Sie eingeführt haben. Wenn Sie das jetzt Kürzung nennen, dann ist das ein eigenartiges Verständnis von Kürzung. Beim Elternbeitragsdefizitausgleich kann man darüber streiten, ob wir den Kommunen damit viel zumuten.

(Frank Sichau [SPD]: Den Eltern!)

Man kann auch darüber streiten, ob man den Eltern etwas zumutet. Aber keine einzige Kindertagesstätte hat im Jahre 2006 weniger Geld als im Vorjahr bekommen, und deshalb sollten Sie auch nicht immer wieder behaupten, dass es so ist!

(Beifall von der CDU)

Wir reden jetzt aber über die Zukunft.

(Ursula Meurer [SPD]: Wir haben über die Kinder gesprochen!)

Wir reden jetzt darüber, dass die Einrichtungen 150 Millionen € mehr bekommen und dass die Einrichtungen in diesem Lande im Jahre 2009 zum ersten Mal über eine Milliarde € bekommen. Sie haben doch nur davon geträumt, jemals eine Milliarde € für Kindertageseinrichtungen zusammenzubekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich kann es Ihnen vielleicht auch daran illustrieren, dass wir immer weniger Kinder haben. Wir werden in den nächsten Jahren 67.000 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren weniger im Lande haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das wird sich mit Ihrer Familienpolitik auch nicht ändern!)

Das ist der demografische Wandel. Selbst wenn man Jahr für Jahr aufgrund des gleichen Gesetzes gleich viel Geld ausgäbe, würde das bedeuten, dass jedem einzelnen Kind mehr Geld zukäme.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie dies anhand von Worten nicht so ganz nachvollziehen können, will ich es Ihnen anhand von Zahlen zeigen. Wir haben einmal errechnet, wie viel Geld wir pro Kind bereitstellen:

(Minister Armin Laschet hält ein Balkendiagramm hoch. – Zurufe von der SPD: Oh!)

Das sind dramatische Steigerungen, die es in diesem Land vorher nie gegeben hat, und Sie sollten das zumindest respektieren, wenn Sie in eine Landtagsdebatte hineingehen.

(Beifall von der CDU)

Im Jahre 2005 gab es 910 € pro Kind. Im Jahre 2006 gab es 926 € pro Kind. Und im Jahre 2010 wird es nach dieser Planung 1.197 € geben. Denn jetzt wird jedes Kind mehr in den Blick genommen wird, als es vorher mit dem alten Gesetz möglich war. Insofern ist das ein kindgerechtes Gesetz mit einer kindgerechten Finanzierung, und das ist der große Vorteil dieser neuen Systematik.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Das zeigt auch – und das fordern wir überall –, dass die demografische Dividende, die es aufgrund von zurückgehenden Kinderzahlen gibt, eben nicht einkassiert wird, sondern dass wir trotz zurückgehender Kinderzahlen mehr Geld ins System geben und insbesondere die Drei- bis Sechsjährigen mehr in den Blick nehmen, als dies früher der Fall war.

Sie haben ja solch schöne Wortspiele wie „KiBiz ist Mumpitz“. Ich habe mir deshalb mal in Brehms „Tierleben“ angeschaut, was eigentlich der Kiebitz ist. Schon 1892 ist er dort wie folgt beschrieben – ich zitiere das einmal wörtlich; das ist übrigens auch eine schöne Schrift hier –:

„Je mehr man den Kiebitz beobachtet, umso fester wird man überzeugt, dass er ein sehr kluger Vogel ist.“

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Ich kann Ihnen daher nur empfehlen: Je mehr Sie in das Gesetz hineinschauen, je mehr Sie sehen, welche Möglichkeiten es gibt, desto mehr werden Sie erkennen, welch kluges Gesetz für die Kinder in Nordrhein-Westfalen das ist. Davon sind wir fest überzeugt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das glaube ich!)

Ich nenne Ihnen noch einige Beispiele, wo das Geld ankommt:

Kindertagespflege hat es immer schon gegeben, auch durch die Jugendämter vermittelt. Wir verankern sie zum ersten Mal gesetzlich. Wir verankern zum ersten Mal die Qualitätskriterien. Wir geben zum ersten Mal den Jugendämtern 725 € pro Kindertagesplatz. Also: Qualitätssteigerung auch in der Kindertagespflege.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Wir unterstützen, liebe Frau Asch, mit 30 % jeden Platz für unter Dreijährige. Kaum ein anderes Bundesland gibt so viel für die unter Dreijährigen aus. Der Rechtsanspruch besteht ja nur bei den Drei- bis Sechsjährigen. Baden-Württemberg gibt beispielsweise 10 % Zuschuss an die Kommunen. Insofern sind 30 % schon eine Leistung des Landes Nordrhein-Westfalen zugunsten der Kommunen.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Die Sprachförderung dümpelte zur Zeit der Regierungsübernahme bei 6 bis 7 Millionen € herum.

Wir werden mit dem neuen Gesetz 28 Millionen € allein für Sprachförderung ausgeben.

(Beifall von der CDU)

Das heißt: 40.000 Kinder pro Jahrgang haben neue Bildungschancen, und das ist eine große Leistung.

Zu den Familienzentren: Ich weiß nicht, wer von Ihnen bei der Veranstaltung in Duisburg, an der 1.800 Vertreterinnen und Vertreter von Kindertageseinrichtungen teilnahmen, war, als die Gütesiegel vergeben wurden. Sie hätten dort einmal die Freude und die gute Stimmung erleben sollen.

(Ursula Meurer [SPD]: Ja, ich war da! Ich habe auch die Buh-Rufe gehört!)

Das sind nicht die Verbandsvertreter. Da sitzen keine ver.di-Funktionäre. Das sind Erzieherinnen, die arbeiten und die uns mit großer Freude gesagt haben:

(Beifall von der CDU)

Wissen Sie, wir haben früher auch schon Kontakte zur Familienberatung gehabt, aber jetzt wird das auf eine neue Basis gestellt, und jetzt kriegen wir zum ersten Mal 12.000 € für etwas, was wir vorher nebenher geleistet haben. – Das ist der Unterschied: Wir geben Geld für neue Aufgaben, und wir belassen es nicht nur bei Erklärungen.

(Beifall von der CDU –Widerspruch von der SPD)

Wir führen ja noch die Debatte; es gibt also noch Gelegenheit, das zu präzisieren. Deshalb will ich nur noch eines sagen, weil viele Erzieherinnen bei dem neuen Gesetz natürlich die Sorge haben, dass damit Arbeitsplätze verloren gehen.

Eigentlich ist es logisch: Wenn wir 150 Millionen € mehr hineingeben und keine neuen Gebäude bauen, landet das Geld ja beim Personal, bei Menschen, die sich um Kinder kümmern. Wenn Sie mehr Kinder unter drei betreuen, brauchen Sie mehr Erzieherinnen. Das liegt schon von der Logik her auf der Hand. Wir haben es mal errechnen lassen. Das ist doch klar, Frau Kraft: Wenn Sie immer weniger Kinder ...

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben nicht mehr Geld gegeben! Sie nehmen es woanders weg!)

– Frau Kraft, wenn Sie 67.000 Kinder weniger haben, würden nach altem Gesetz Gruppen geschlossen, weil sie irgendwann unter eine Schwelle fallen. Das ist der demografische Wandel.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wer sagt das denn?
– Gegenrufe von der CDU – Weitere Zurufe von der SPD)

Das hat gar nichts mit Parteipolitik zu tun. Wenn Sie weniger Kinder haben, werden Sie weniger Kindergärten, irgendwann weniger Schulen haben. Auf der anderen Seite werden wir mehr Senioreneinrichtungen haben. Das bedeutet der geografische Wandel. Aber dass wir ihn jetzt stabilisieren, indem wir mit der Betreuung für unter Dreijährige eine neue Aufgabe schaffen, bringt 7.500 neue Stellen für Erzieherinnen.

Nun hat Frau Kollegin Altenkamp gesagt: Nein, stimmt nicht. Es sind nur 3.000 neue Stellen. – Aber auch 3.000 neue Stellen – deshalb danke ich für diese Aussage – nimmt den Erzieherinnen die Angst, dass da jemand entlassen werden soll. Auch Frau Altenkamp sagt, es gibt 3.000 neue Stellen für Erzieherinnen, und das bedeutet: Dieser Beruf hat Zukunft. Niemand muss um seinen Arbeitsplatz bangen. Mit unserem Gesetz bringen wir eben genau diese Aufgaben in die Kindergärten hinein.

Ich denke, durch das Motto „Rückenwind für jedes Kind“ nehmen wir jedes Kind in den Blick. Bei weniger Kindern, die wir in Zukunft haben werden, werden wir jedes Kind optimal fördern. Das ist die Botschaft dieses Gesetzes.

Deshalb wünsche ich uns engagierte Beratungen in den Ausschüssen, vor allem aber, dass wir gemeinsam, Landtag und Landesregierung, im Interesse der Kinder dieses Gesetz umsetzen und das viele Geld, das dafür mehr zur Verfügung steht, nutzen, damit wir zum Land der neuen Chancen für die Kinder werden. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Laschet. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Hack.

Ingrid Hack (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Erinnern wir uns knapp zwei Jahre zurück: In seiner Regierungserklärung vom 13. Juli 2005 erläutert Ministerpräsident Rüttgers, dass seine Regierung – Zitat – „ein lückenloses, bedarfsgerechtes und verlässliches Modell der Kinderbetreuung aufbauen will, das hohen pädagogischen Ansprüchen genügt“.

Herr Ministerpräsident – er ist leider nicht unter uns –, Herr Minister Laschet, mit diesem Gesetz-entwurf ist Ihnen das nicht gelungen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die mit dem sogenannten Kinderbildungsgesetz realisierbare Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern wird weder lückenlos noch bedarfsgerecht noch verlässlich sein, und hohen pädagogischen Ansprüchen wird das hiermit Machbare schon gar nicht gerecht.

Das, was nun vorliegt, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat eine lange Moderations- und Beratungsgeschichte – die Details sind uns allen vertraut. Es wurde Konsens erreicht, dann entstand ein Referentenentwurf. Hier bereits setzte das ungläubige Staunen derer ein, die den Konsens mit unterzeichnet hatten.

Dem Entwurf folgte ein zweiter, der nun vorliegt. Und nun, Herr Minister? Seit gestern ist das ungläubige Staunen zur Verärgerung, ja schlimmer noch: zur Ablehnung geworden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

„Freie Wohlfahrtspflege lehnt Entwurf des KiBiz ab“ – so die Überschrift einer Pressemitteilung vom 12. Juni 2007, also gestern. „Die Freie Wohlfahrtspflege NRW“, so heißt es weiter in der Erklärung, „sieht den erzielten Konsens ... durch die Landesregierung aufgekündigt“.

(Beifall von der SPD)

Das ist ein denkwürdiger Vorgang. In monatelangen, sicherlich harten, aber letztlich konstruktiven Verhandlungen erzielte Absprachen werden mit Ihrem, Herr Minister Laschet, nun vorliegenden Gesetzentwurf zunichte gemacht. Es ist eben nicht nur die Opposition in diesem Hause, die den Entwurf seit Monaten in zahllosen Informationsveranstaltungen kritisiert; nun sind es vernehmbar auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

(Beifall von der SPD)

Es sind seit Bekanntwerden Ihrer Pläne auch tausende Eltern und ebenso zahlreiche Erzieherinnen und Leiterinnen von Einrichtungen, die sagen: So nicht, Herr Minister!

(Beifall von der SPD)

Warum diese Ablehnung? – In einer Zeit, in der wir alle um die besten Lösungen für die Problemlage, die ich mit dem Schlagwort PISA-Schock benennen möchte, streiten, in einer Zeit, in der wir alle um die besten familienpolitischen Lösungen streiten, weil das Thema endlich in den Vorder-

grund des Bewusstseins der Öffentlichkeit und der Gesellschaft getreten ist, in einer Zeit, in der wir durch Forschungsergebnisse sehr viel besser als vor einigen Jahren wissen, wie Kinder von Geburt an lernen und wie wir das fördern können – in einer solchen Zeit hat nicht nur meine Fraktion einen wahrhaftig größeren Wurf erwartet, wenn es darum geht, diese Erkenntnisse und Anforderungen an frühe Bildung, Betreuung und Erziehung in ein neues Gesetz zu gießen.

(Beifall von der SPD)

Im Jahr des Kindes 2006 – ich erinnere immer wieder sehr ungern daran; es ist auch gerade thematisiert worden; wir sehen das unterschiedlich; hier werden wir sicherlich nicht zu einer Linie kommen – entzieht die Landesregierung dem Bereich der Kindertagesbetreuung 156 Millionen €, nämlich 72 Millionen € bei den Sachkosten und 84 Millionen beim Elternbeitragsdefizitausgleich.

(Minister Armin Laschet: Das ist schlicht nicht wahr!)

Nun verkünden Sie, Herr Minister, dass Sie 2008 ein Plus von 150 Millionen € gegenüber den heutigen Ausgaben des Landes erreichen. Allein die Absenkung des kirchlichen Trägeranteils frisst von diesem angeblichen Plus bereits 84 Millionen € auf.

(Beifall von der SPD)

Hinzu kommen Ausgaben für zusätzliche Aufgaben, die Familienzentren und die Sprachförderung; darauf komme ich noch zurück. Wo also finden wir, wie Sie in Ihrer Broschüre „Rückenwind für jedes Kind“ schreiben, mehr Geld für diese wichtigen Aufgaben? Wo sind die Verbesserungen, die Sie ankündigen? Ich finde, Herr Minister, der Rückenwind für jedes Kind wird gerade zum Gegenwind für Sie und die Regierungsfractionen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Weiteres! Sie können das Gegenteil noch oft behaupten, dadurch wird diese Prognose nicht entkräftet: Die Elternbeiträge werden steigen. Ihr Gesetzentwurf schreibt völlig unbeeindruckt von der Diskussion im vergangenen Jahr 19 % auch zukünftig fest. In wie vielen Kommunen werden die eigentlich erreicht? Sie kennen die Antwort und behaupten dennoch in der „WAZ“ am 11. Juni 2007 – Zitat:

„... das waren vorher 19 Prozent, das sind künftig 19 Prozent.“

(Minister Armin Laschet: So ist es! – Zuruf von der SPD: Auf dem Papier! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Auf dem Papier. Papier ist geduldig. – In Köln werden beispielsweise 13 % erreicht. Das Thema Gelsenkirchen ist Ihnen allen hinlänglich bekannt.

Wie sieht es mit der übrigen Finanzierung aus, meine Damen und Herren? Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass eben nicht für eine kindgerechte, bedarfsgerechte, qualitätsvolle und verlässliche Arbeit in den Einrichtungen geplant wurde, sondern für eine finanzministergerechte, eine gedeckelte Finanzierung nach Haushaltslage, für eine Finanzierung, die genau nicht Kindern und Eltern Priorität bei der Aufgabenerledigung des Landes einräumt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ja, Sie haben nachgebessert und gestehen Einrichtungen in sozial schwierigen Stadtteilen nunmehr pro Jahr 15.000 € zu. Das ist mehr als die vorher geplanten null €. Aber was kostet zum Beispiel eine zusätzliche Fachkraft? Was kostet zum Beispiel heilpädagogische Gruppenarbeit? Ihr Gesetzentwurf setzt so wenig Standards wie möglich. Das leuchtet ein, müssten Sie doch ihre Umsetzung auch finanzieren. Ihr Bildungsbegriff ist so dürr wie der Staatsbegriff der Kollegen von der FDP.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bildung erschöpft sich zukünftig in Sprachbildung. Ganzheitliche Förderung sieht unseres Erachtens anders aus und kostet außerdem mehr als die von Ihnen geplanten 6,45 € pro Woche. So verbesserungswürdig das geltende GTK sicherlich an manchen Stellen ist – die Bildungsvereinbarung ist und bleibt eine vorbildliche und bewährte Grundlage, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Sie haben die Familienzentren angesprochen. Das ist eine im Wortsinne ausgezeichnete Idee, neue Aufgaben für die Einrichtungen, für das Personal. Viele sind gerne und engagiert in die Startphase gegangen. Dennoch ist das Projekt unterfinanziert. Der Landesarbeitskreis Westfalen-Lippe der evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Familienfragen schreibt dazu am 30. Mai 2007 – Zitat –:

„Die finanziellen Rahmenbedingungen für eine dauerhaft gute Arbeit und die Gewinnung attraktiver Kooperationspartner (sind) völlig unzureichend. ... Die ... vorgesehene Ausstattung ist daher dringend zu verbessern.“

Natürlich habe ich mich gefreut, dass der Kölner Verein, in dem ich mitarbeite, Kooperationspartner eines am 4. Juni ausgezeichneten Familienzentrums ist. Warum haben wir die Auszeichnung erhalten? – Wir haben sie deshalb erhalten, weil wir, angebunden an die Kita, Begrüßungsbesuche bei Familien nach der Geburt abstaten, mit einer Hebamme kooperieren und so frühestmöglich Kontakt zu Familien in riskanten Lebenssituationen aufbauen. Das alles aber, meine Damen und Herren, finanzieren wir, unser Verein, mit einer akquirierten Förderung einer Stiftung in Höhe von mehreren 10.000 € und nicht – noch nicht – mit der Landesförderung. Das nur als Beispiel.

(Beifall von der SPD)

Ein Letztes, meine Damen und Herren: Die Wertschätzung von Erzieherinnen und Leiterinnen durch den Gesetzentwurf ist nicht sonderlich hoch. Fortbildung wird natürlich eingefordert. Aber Unterstützung in personeller oder finanzieller Hinsicht: Fehlanzeige! Das ist Entscheidungsfreiheit der Träger und in Pauschalen natürlich enthalten. Leitungsfreistellung für die Vielzahl neuer Aufgaben wird reduziert.

Wir wissen um die Bedeutung des Ehrenamtes in unserem Land. Aber wir wussten noch nicht, dass pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen sukzessive auch in diesen Bereich des Engagements der Landesregierung übergeht.

(Beifall von der SPD)

Wie fühlen sich wohl Erzieherinnen, wenn sie auf der Internetseite des CDU-Kollegen Thomas Jarzombek unter den sieben Gründen für das neue Kinderbildungsgesetz Folgendes lesen? Zitat:

„Erstmalig Bildung im Kindergarten. Bisher wurden Kinder im Kindergarten betreut. Bildung gab es nur per Zufall: Dort, wo engagierte Erzieher in Eigenregie loslegten.“

Herr Jarzombek, mit dieser Frechheit gegenüber den Erzieherinnen und Leiterinnen und ihren Leistungen, gegenüber Tausenden engagierter Arbeitnehmer/-innen disqualifizieren Sie sich für die Teilnahme an der weiteren Diskussion zu diesem Thema.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege, eine Entschuldigung stünde Ihnen da gut an. Dazu können Sie Ihre Heimseite benutzen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen nur einige von zahlreichen weiteren Gründen für die Ablehnung meiner Fraktion zum Gesetzentwurf in der

jetzt vorliegenden Form genannt. Das weitere Beratungsverfahren muss grundsätzliche Änderungen ergeben, sollen wir diese Position ändern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Hack. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Frau Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in der ersten Lesung einen Gesetzentwurf, der sicherlich zu den familienpolitisch bedeutsamsten Gesetzentwürfen dieser Legislaturperiode gehören wird.

(Zuruf von der SPD: Ja, aber negativ!)

Sie werden verstehen, dass meine Bewertung ein bisschen anders aussieht als die gerade vorgetragene seitens der Opposition. Unserer Meinung nach finden sich in dem Gesetzentwurf deutlich unsere politischen Vorstellungen wieder, die wir ja bereits im Koalitionsvertrag festgelegt hatten.

(Zuruf von der SPD: Erfahrungsresistent!)

Ich möchte mit dem Titel anfangen. Er lautet Kinderbildungsgesetz. Damit sehen wir vor, dass die Schwerpunkte im frühkindlichen Betreuungsbereich, in den frühkindlichen Einrichtungen auf die Bildung gelegt werden sollen. Es läge ja nahe, alle möglichen Aspekte des Gesetzentwurfes in einer langen ausführlichen Rede zu beleuchten, aber ich möchte mich heute auf vier Punkte beschränken.

Erster Vorteil für uns ist, dass der Ausbau der Betreuungsangebote und der Einrichtungsangebote für Kinder unter drei Jahren festgeschrieben wird. In Bezug auf die 2,8 %, die häufig genug beschrieben worden sind, die wir im Jahr 2008 übernommen haben,

(Zuruf von der SPD: 2008?)

– Entschuldigung, 2005 –

legen wir mit dem neuen Gesetzentwurf fest, dass wir bis 2010 für 20 % der unter Dreijährigen Plätze zur Verfügung stellen wollen. Wir wollen die rote Laterne, die wir von Ihnen, meine Damen und Herren, übernommen haben, damit endgültig an andere Bundesländer weitergeben.

(Beifall von der CDU)

Das Kinderbildungsgesetz wird durch das hohe Angebot an Tagesbetreuungsplätzen für Kinder

unter drei Jahren für mehr Wahlfreiheit in den Familien sorgen.

Zweitens. Das neue Gesetz soll den Bildungs- und Erziehungsauftrag stärken. Ich verweise auch hier auf das Thema Sprachförderung. Egal, wie viel wir an dem Verfahren noch ändern müssen, sollen, dürfen – ich sage das ganz deutlich –: Dieses Verfahren der Sprachförderung bedeutet ein Mehr an Chancen für Kinder, die aus Elternhäusern kommen, wo sie wenig Förderung in Sprache erhalten.

(Beifall von der CDU)

Ich sage ganz deutlich: Auch wenn wir optimieren müssen – der Anfang ist gemacht. Auf diesem Anfang können wir aufbauen.

Und wenn ich das Gejammere höre „340 Euro sind nicht genug“, dann muss ich sagen: Es ist mehr als vorher, und es ist demnächst eine verlässliche Größe, weil jedes Kind, das Sprachförderungsbedarf hat, gefördert wird – nicht mehr wie früher, als es nach dem Windhundverfahren ging.

Im Übrigen gehe ich davon aus, dass gerade im Sinne der Bildung die im Gesetz festgeschriebene Zusammenarbeit zwischen Tageseinrichtungen und Schulen von großem Vorteil ist.

Drittens. Das neue Gesetz leitet eine aktive Unterstützung der Familien ein und sorgt für mehr Flexibilität. Aktive Unterstützung ist für mich mit dem Stichwort Familienzentren gegeben. Bei der Veranstaltung in Duisburg in der letzten Woche, als das Gütesiegel für die Piloteneinrichtung verliehen wurde, habe ich festgestellt, wie sinnvoll und notwendig dieses Projekt ist. Mit großer Kreativität werden im ganzen Land nicht nur Kinder in den Mittelpunkt gestellt, sondern die Tageseinrichtungen arbeiten sozusagen im gesamten Umfeld, und Familien erfahren eine deutliche Unterstützung.

Das KiBiz wird auch mehr Wahlmöglichkeiten für Eltern bei der Betreuungszeit eröffnen. Eltern können sich künftig deutlicher entscheiden. Das wird in Zusammenarbeit mit den Trägern sicherlich auch so umgesetzt werden; da bin ich mir ganz sicher. Ich bin darüber hinaus sehr froh darüber, dass wir mit dem neuen Gesetz endlich davon wegkommen, Kleinkindern Ganztagsplätze zu verordnen. Wir halten es immer noch für eine Zumutung, wenn Kinder im ersten Schuljahr mehr als 20 Stunden unterrichtet werden; im Krippenalter war es hingegen fast selbstverständlich, Ganztagsplätze vorzuhalten.

Eine weitere Wahlmöglichkeit für Eltern wird das Betreuungsangebot der Tagespflege sein. Wir werden es zum ersten Mal im Gesetz verankern. Frau Asch, vielleicht schauen Sie sich das Gesetz einmal genau an: Die 725 € sind nicht die Entlohnung der Tagesmütter oder Tagesväter, sondern sind für Weiterbildung, Qualifizierung und Versicherung gedacht. Wir halten die Tagespflege nach wie vor für eine gute Betreuungsform gerade für kleine Kinder, weil sie der Familienbetreuung am ähnlichsten ist.

Es wird auch mehr Flexibilität für Träger geben. Die Kindpauschalen sind zwar als Kindpauschalen formuliert; aber sie sind auf der Basis von Gruppenzusammensetzungen errechnet worden. Und die legt das neue Gesetz genau fest. Die Träger können in Absprache mit den Jugendhilfeträgern vor Ort sehr selbstständig verfahren. Sie sind nicht mehr so fest an Gruppen gebunden wie früher. Ich glaube, dass sich das auch nach anfänglichen Unsicherheiten als gut und richtig erweisen wird.

(Svenja Schulze [SPD]: Dies sind doch Parallelwelten!)

Lassen Sie mich noch auf einige Kritikpunkte eingehen, die immer wieder von Ihrer und auch von anderer Seite kommen. Man behauptet, dieses Gesetz sei ein Spargesetz und ein Arbeitsplatzbedrohungsgesetz; das ist hier schon mehrfach erwähnt worden. In diesem Gesetz wird nicht gespart. Und auch wenn Sie es noch so oft wiederholen, wird es nicht besser.

Wir haben kein Geld aus dem System genommen. Wir haben auf der Basis der Vorgängerregierung gewirtschaftet. Wir werden mit dem neuen Gesetz mehr Geld ins System bringen. Wir werden zudem einen Teil der Kürzungen etwa bei der Sachkostenpauschale zurückführen.

Wir werden mehr Erzieherinnen brauchen. Um das auszurechnen, benötigt man nur fünf Finger.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Wir haben nicht mehr Kinder, Herr Sagel, sondern wir haben weniger Kinder. Das mögen Sie bitte einmal festhalten. Auf Dauer haben wir zumindest weniger Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren. Für die Kinder, die wir bekommen, benötigen wir gerade die personalintensiven Plätze.

Die Befürchtung, dass die Qualität bei den neuen Tagesbetreuungseinrichtungen sinkt, teile ich selbstverständlich nicht. Die Kindpauschalen, die im Übrigen nicht wir errechnet haben, sondern die gemeinsam mit den Konsenspartnern ermittelt

worden sind, sichern Fachkräfte ab und halten nicht nur das bisherige hohe Niveau, sondern verbessern es zum Teil. Ich erwähne hier als Beispiel nur die normale Kindergartengruppe, wenn sie in den Ganztag geht. Wir brauchen uns auch vor einem Vergleich mit anderen europäischen Ländern nicht zu scheuen.

Über die Kindpauschalen hinaus gibt es noch die Möglichkeit zusätzlicher Zuschüsse, beispielsweise bei sozialen Problemlagen oder bei den eingruppierten Einrichtungen.

Nur so, indem sehr differenziert hingesehen worden ist, ist es überhaupt gelungen, eine plurale Trägerlandschaft zu erhalten. Deshalb, denke ich, gehen wir mit diesem Gesetz den richtigen Weg.

Ich habe die Stellungnahme der Freien Wohlfahrtspflege gestern mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen. Der Konsens bezog sich doch auf die Finanzstruktur, die Kindpauschalen, die Trägeranteile, die Personalausstattung, die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel und die Gruppenformen des zukünftigen Kindergartens. All das war im Konsens enthalten und findet sich auch genau so im Gesetzentwurf wieder. Nach der ersten Kritik am Referentenentwurf gab es noch einmal Gespräche; die Partner haben danach weiter zum Konsens gestanden. Da hat sich vom Referentenentwurf bis zum Gesetzentwurf nichts verändert.

Wir haben mit den Wohlfahrtsverbänden gesprochen. Es gab dort keinen Hinweis auf eine solche Entscheidung. Noch in der letzten Woche habe ich mit zwei sehr unterschiedlichen Vertretern aus dem Kreise der Wohlfahrtsverbände gesprochen. Beide haben mir versichert, dass sie zum Konsens stehen. Deshalb hat mich diese Stellungnahme sehr gewundert. Wir werden darüber in den nächsten Tagen sicherlich noch zu reden haben.

Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir alle Anregungen und die Kritik ernst nehmen. Wir werden die zu dem Gesetzentwurf sicher stattfindende Anhörung auswerten und auf dieser Basis dann in der Fraktion und im Ausschuss diskutieren.

Ich wünsche mir, dass wir ein Gesetz auf den Weg bringen, das zeitgemäß zum Wohle der Kinder und ihrer Familien hier im Land Nordrhein-Westfalen wirken kann. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kastner. – Frau Asch spricht nun für Bündnis 90/Die Grünen.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Kiebitz, das ist ein Kuckucksvogel, grau, nicht sehr hübsch, aber er hat eine bedeutende Eigenschaft, die ihn auszeichnet. Der Kiebitz ist nämlich ein Vogel, der die Eigenschaft hat, sich im Sinkflug zu bewegen, sehr direkt auf den Boden zu, aber im letzten Moment die Kurve zu kriegen, sich wieder vom Boden abzuheben und aufzusteigen. Diese Kurve, Herr Minister, haben Sie mit Ihrem Gesetzentwurf leider nicht hinbekommen. Sie setzen Ihren Sinkflug für Eltern, Kinder und Erzieherinnen in unveränderter Form fort.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Programm, das Sie sich vorgenommen haben, ist ja relativ eindeutig. In Ihrem Programm geht es um die Frage: Wie stricken wir ein Finanzierungssystem für die Kindertageseinrichtungen und für die Kindergärten, das einen gewissen Ausbau der Krippenplätze für die unter Dreijährigen ermöglicht – denn das wird gesellschaftlich jetzt eingefordert –, ohne mehr Geld in das System zu geben? Das war Ihre Aufgabe. Sie setzen das so um, dass es nicht auf den ersten Blick auffällt. Mit der Vorlage dieses Gesetzentwurfes haben Sie diese Aufgabe gelöst.

Dabei bleibt aber die Qualität in den Einrichtungen auf der Strecke. Sie haben das Programm umgesetzt: mehr Quantität auf Kosten der Qualität in den Kindertageseinrichtungen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist das, was wir in diesem Gesetzentwurf lesen müssen.

Ihre Rechtfertigungsversuche – Sie sind heute Morgen ja schon relativ kleinlaut gewesen –, Herr Minister Laschet und Frau Kastner, sind doch wie das Pfeifen im Wald. Sie haben gestern von den Wohlfahrtsverbänden, von allen Fachverbänden und von den Gewerkschaften eine schallende Ohrfeige für Ihren Gesetzentwurf bekommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich kann kurz aus der Stellungnahme der Wohlfahrtsverbände zitieren, die sich mit Ihnen sehr intensiv darum bemüht haben, mehr Qualität in diesen Gesetzentwurf hineinzubekommen, mit denen Sie ein halbes Jahr verhandelt haben. Dabei haben Sie zwar letztendlich einen Kompro-

miss erzielt; aber noch nicht einmal den haben Sie in den Gesetzentwurf aufgenommen. Die Wohlfahrtsverbände schreiben:

„Wir befürchten bei unveränderter Übernahme des Gesetzesentwurfs Qualitätseinbußen, Arbeitsplatzabbau auf Kosten der Kinder, steigende Elternbeiträge und ungerechte Risiken für Träger und Einrichtungen.“

Das ist die Bewertung derjenigen, die die Realität vor Ort kennen, die die Einrichtungsträger sind. Da nützt Ihnen, Herr Minister, alles Schönreden nichts. Das ist die Realität, die bei Umsetzung Ihres Gesetzentwurfs vor Ort erzeugt werden wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich möchte noch einmal kurz sagen, worum es geht, was wir brauchen. Wir brauchen ein Kindergartengesetz, das drei Anforderungen genügt.

Die erste Anforderung – das ist das Wichtigste – besteht darin, dass wir mehr Qualität in der Elementarerziehung brauchen. Das wissen wir alle. Diesen Anspruch formulieren Sie auch. Das ist die Aufgabe aufgrund der Ergebnisse von PISA.

Mit diesem Gesetzentwurf opfern Sie aber die Qualität der Quantität. Sie schaffen den guten Standard in den kleinen altersgemischten Gruppen ab. Diese wird es in Zukunft nicht mehr geben. Sie weigern sich, im Gesetz überhaupt jeglichen Qualitätsstandard zu formulieren. Sie sagen, das bräuchten wir nicht. Das bedeutet: Die Gruppengrößen können zukünftig frei gewählt werden und sind nach oben offen. Das heißt, die Gruppen können mit Kindern vollgestopft werden. Das ist das Gegenteil von Qualität, das ist bloße Verwahrung nach dem Motto: Sauber, satt und trocken. Diese Realität werden wir demnächst in den Kindertageseinrichtungen haben. Dadurch wird die individuelle Förderung der Kinder auf der Strecke bleiben, meine Damen und Herren.

Das heißt: Der Anspruch auf mehr Qualität und mehr Bildung, den Sie in Ihrem Gesetzentwurf permanent – fast in jedem zweiten Satz – formulieren, ist nicht erreicht. Bei dieser Anforderung haben Sie glatt versagt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die zweite Anforderung: Wir brauchen mehr Flexibilität für die Eltern. Sie haben zwar unterschiedliche Betreuungszeiten in den Gesetzentwurf hineingeschrieben – 25, 35 und 45 Stunden können gewählt werden –, gleichzeitig haben Sie aber die Möglichkeit der Eltern, diese Betreuungszeiten zu wählen, eingeschränkt; denn entgegen Ihren Zusagen haben Sie die Kontingentierung im Gesetz-

entwurf stehen lassen. Auch hier haben Sie die Unwahrheit gesagt, Herr Minister.

(Beifall von GRÜNEN und Hannelore Kraft [SPD])

Es wird für die Eltern in Zukunft nicht mehr, sondern weniger Flexibilität geben, weil die Wahlmöglichkeit der Eltern durch die Kassenlage bestimmt werden wird. Sie machen an dieser Stelle Bildungspolitik nach Kassenlage, Herr Minister.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Das wird keiner Familie ermöglichen, Kindererziehung und Berufstätigkeit besser unter einen Hut zu bekommen.

Die dritte Anforderung ist der U3-Ausbau. Es besteht ein großes gesellschaftliches Erfordernis – diesbezüglich herrscht über alle Fraktionen hinweg großer Konsens – nach mehr U3-Plätzen. Auch hier haben Sie Ihre Zusage nicht eingehalten, obwohl Sie der Presse mit großen Worten verkündet hatten, aus dem Gesetzentwurf werde die Kontingentierung, die im Referentenentwurf noch stand, herausgenommen.

(Minister Armin Laschet: Das habe ich überhaupt nicht versprochen!)

Wir lesen schwarz auf weiß: Die Kontingentierung ist drin! Damit nehmen Sie auch hier eine Beschränkung vor. Jede Kommune, deren U3-Versorgung bereits heute über 20 % liegt,

(Zuruf von Minister Armin Laschet – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Warum regt sich denn Herr Erwin so auf?)

wird zukünftig keine weitere Finanzierung bekommen. Diese Kommunen müssen sehen, wie sie ihre U3-Plätze, die sie jetzt schon haben, dann überhaupt refinanziert bekommen. Das ist das Gegenteil von dem, was wir gesellschaftlich brauchen. Das ist eine Deckelung der Krippenplätze.

Herr Minister, Sie täuschen die Öffentlichkeit – eben haben Sie es schon wieder gemacht –, indem Sie permanent falsch und wider besseres Wissen behaupten, es werde mehr Geld für die Kindergartenbetreuung zur Verfügung gestellt.

(Minister Armin Laschet: Das wird es!)

Jeder, der lesen kann – und wir können alle lesen,

(Minister Armin Laschet: Sie anscheinend nicht!)

Herr Minister, lassen Sie Ihre platte Polemik stecken! –,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

jeder, der lesen kann

(Minister Armin Laschet: Dann lesen Sie doch!)

und die Haushalte 2005 und 2006 nebeneinander legt, sieht es schwarz auf weiß: Sie haben 156 Millionen € aus dem System der Kindergartenfinanzierung herausgezogen.

(Minister Armin Laschet: Sagen Sie doch einmal, wo!)

– 72 Millionen € haben Sie den Kindertagesstätten entzogen und 84 Millionen € beim Elternbeitragsausgleich gestrichen. Ich zeige es Ihnen gerne noch einmal, Herr Minister. Offenbar kennen Sie Ihren eigenen Haushalt nicht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie müssen das mal größer drucken, Herr Minister! – Minister Armin Laschet: Das haben Sie doch vorher herausgenommen!)

Jetzt sagen Sie: Wir legen 100 Millionen € drauf. – Das ist ein Taschenspielertrick, Herr Minister, den Sie da anwenden. Zuerst nehmen Sie das Geld weg. Dann geben Sie einen Teil davon zurück und sagen: Aber von diesen 100 Millionen € mehr müsst ihr noch den kirchlichen Trägeranteil mit 80 Millionen € sowie die Sprachförderung und die Familienzentren finanzieren. – Damit sind wir schon bei 110 Millionen €, die letztendlich noch über den von Ihnen jetzt vorgesehenen Ansatz hinaus bereitgestellt werden müssen.

Wer rechnen kann, rechnet das Ganze also nach. Es ist offensichtlich; es steht so im Haushalt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Genauso ist es mit Ihrer gestrigen Jubel-Pressekonferenz. Das endet ja gar nicht. Ende letzter Woche haben Sie sich gebrüstet, Sie setzten 15.000 € mehr für die Einrichtungen in den sozialen Brennpunkten ein.

(Minister Armin Laschet: Ja, so ist das!)

Herr Laschet, diese 15.000 € stehen als Anspruch im GTK. Sie machen eine Ermessensleistung daraus. Damit nehmen Sie eine Deckelung dieser Leistung vor.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD] und Marc Jan Eumann [SPD])

Außerdem wollen Sie Tausende von Erzieherinnen neu einstellen.

(Minister Armin Laschet: Das tun wir!)

Sie hätten gestern einmal in diesem Plenarsaal sein müssen, als wir hier mit über 300 Erzieherinnen und Eltern getagt haben. Es ist Hohngelächter über Ihre Mitteilung auf der Pressekonferenz zu 7.000 neuen Stellen ausgebrochen. Die Erzieherinnen wissen genau, dass sie mit diesem Gesetz auf Halbtagsstellen und auf befristete Stellen gesetzt werden. Denn Sie laden das volle Finanzierungsrisiko für die Einrichtungen auf die Träger ab, die dann gucken müssen, wie sie ihre Erzieherinnen bezahlen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber diese Unwahrheiten kennen wir ja von Ihnen.

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE] – Zurufe von der CDU: Pfui!)

– So ist es! So etwas hören Sie natürlich nicht gerne, aber es ist die Wahrheit. Sie haben im Haushalt 2006 nicht gekürzt? – Das ist schwarz auf weiß nachzulesen.

Bei der Einbringung des Referentenentwurfs haben Sie hier auch erzählt, Sie hätten den Konsens zu 100 % übernommen. Das war ebenfalls die Unwahrheit, wie Sie einen Tag später einräumen mussten.

(Minister Armin Laschet: Nein! Dann belegen Sie diese Behauptung doch einmal!)

Jetzt erzählen Sie uns, Sie würden 7.500 neue Erzieherinnen einstellen. Herr Minister, das glaubt Ihnen niemand mehr.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind ein Maulheld, der das vielleicht gerne tun würde, es aber beim Finanzminister nicht durchkriegt.

(Minister Dr. Helmut Linssen: So ein Quatsch!)

Herr Minister Laschet, Sie erinnern mich mit Ihren Jubel-Pressekonferenzen manchmal an einen Verpackungskünstler. Wissen Sie aber, was der Unterschied zwischen Ihnen und dem Verpackungskünstler Christo ist? Wenn man bei Ihnen die Verpackung wegnimmt, ist nichts darunter. Christo ist ein Verpackungskünstler, Sie sind ein Attrappenkünstler.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Armin Laschet: Christo ist ein Verhüllungskünstler, kein Verpackungskünstler!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Asch. – Für die FDP spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Die beiden Rednerinnen der Opposition haben hier eine ganze Menge vorgetragen – Frau Kollegin Asch in einer Weise, dass ich mir manchmal schon ein bisschen Sorgen um sie gemacht habe, so aufgeregt war sie.

Trotzdem bleibt an dieser Stelle in der Debatte eine Frage unbeantwortet: Was ist eigentlich Ihre Alternative?

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Sie haben nichts dazu gesagt, was eigentlich Ihre Vorstellung ist. Sie haben sich nur auf das konzentriert, was vielleicht wünschenswert ist. Zu dem, was mach- und erreichbar ist, haben Sie aber nichts gesagt. Da sind Sie jede Antwort schuldig geblieben.

(Beifall von der CDU)

Das wiegt insbesondere deshalb schwer, weil man Sie zwei Jahre nach dem Regierungswechsel durchaus auch noch an Ihrem eigenen Regierungshandeln messen darf.

Wir wollen uns daran erinnern – Frau Asch hat bereits vorgetragen, es sei ein Qualitätsabbau zu befürchten und die Gruppen würden vollgestopft –, wie Sie es mit den Gruppengrößen gehandhabt haben.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

25 Kinder waren die Regelgruppengröße. Aber die rot-grüne Landesregierung hat seinerzeit entschieden, diese Gruppenobergrenze auf 30 zu erhöhen, weil nicht ausreichend Kindergartenplätze finanziert worden sind.

(Beifall von der CDU)

Das war nicht in den 80er-Jahren; das war vor wenigen Jahren. Wer hat denn 1998 die zweite Fachkraft in den Gruppen gestrichen?

(Zuruf von der CDU: Au, au, au!)

Damals waren Sie doch noch in der Regierungsverantwortung! Waren wir das oder waren Sie das?

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Was ist eigentlich Ihre Alternative zur Sprachförderung? Wir haben doch gegenwärtig die Situa-

on, dass 40 % der Kinder in Kindertageseinrichtungen einen Migrationshintergrund haben.

(Zuruf von der SPD: Und Sie laden alle zum Test!)

Und Sie haben ein Programm zur Sprachförderung aufgelegt, das sich nur an Gruppen mit mindestens 50 % Migrantenanteil gerichtet hat.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Immer die alte Leier!)

Als wenn in Gruppen, in denen vielleicht nur 40 % der Kinder aus Zuwandererfamilien sind, die Probleme so viel kleiner wären! Sie haben Crashkurse im Umfang von 200 Stündchen finanziert; aber es war eben keine Regelaufgabe.

(Zuruf von der SPD: Aber besser als 6,50 €!)

Wie haben Sie es denn mit dem Rückzug der Kirchen aus dem System der Kindertageseinrichtungen gehandhabt? Ich erinnere mich noch an Ausschusssitzungen, in denen die frühere Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, die auch für Kindertageseinrichtungen zuständig war, Frau Schäfer, mit den Achseln gezuckt hat. Zitat: Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz richte sich gegen die Kommunen; man habe nichts damit zu tun, wenn sie sich zurückzögen. – Wir haben jetzt Verantwortung übernommen und den Trägeranteil der Kirchen so reduziert, dass sie im System verbleiben. Dazu haben Sie nichts gesagt. Sie haben keine Alternative beschrieben.

(Beifall von FDP und CDU)

Bildungsauftrag: Ja, § 2 des jetzigen GTK sieht einen Bildungsauftrag vor. Wir haben durchaus eine respektable Bildungsvereinbarung, die aber mit dem Gesetz zunächst einmal nicht im Zusammenhang steht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Abwarten, Herr Lindner!)

Es handelt sich um eine freiwillige Vereinbarung ohne Verbindlichkeit. Wer in das Gesetz schaut, der stellt überraschenderweise fest, dass in dem Gesetz, das die erste Regelstation in jeder Bildungslaufbahn normiert, der Begriff Schule nicht ein einziges Mal erwähnt wird.

(Britta Altenkamp [SPD]: Er hat auch nichts darin zu suchen!)

Obwohl so gut wie alle Kinder den Kindergarten besuchen und sich natürlich ein Schulbesuch anschließt, taucht der Begriff Schule im gegenwärtigen GTK überhaupt nicht auf. Missverstehen Sie

mich nicht: Uns geht es nicht um eine Verschulung der Kindertageseinrichtungen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das hätte ich jetzt aber fast geglaubt!)

Aber wir müssen dem Umstand Rechnung tragen, dass bereits vor dem Schuleintritt schulbezogene Vorbereitung erfolgen muss und

(Britta Altenkamp [SPD]: Aha!)

dass die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Schulen intensiviert werden muss. Deshalb war es richtig und höchste Zeit, dass das Kinderbildungsgesetz in diesem Sinne modernisiert wird.

Meine Damen und Herren, es gab einen sehr langwierigen und schwierigen Prozess der Aushandlung der Eckpunkte zwischen der Landesregierung, den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den kommunalen Spitzenverbänden. Man muss ehrlicherweise jedoch auch feststellen: Es gibt nicht nur Interessenkonflikte zwischen Land, Kommunen und Trägern, sondern auch innerhalb der Gruppe der Kommunen und unter den unterschiedlichen Trägergruppen gibt es zum Teil deutliche Interessenunterschiede: Stadt – Land, kirchlicher Träger – Elterninitiativen. Man wird nicht sagen können, dass sie völlig identische Interessen haben. Schon aus diesem Grund war es ein komplexes Unterfangen – um es vorsichtig zu sagen –, die unterschiedlichen Beteiligten zunächst einmal auf ein Papier zu verpflichten. Das ist gelungen und bleibt das Verdienst von Armin Laschet.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir auch mit Respekt verfolgt, Herr Lindner!)

Zu fragen ist jetzt aber, warum am gestrigen Tag diese beachtliche Mitteilung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege veröffentlicht worden ist – einen Tag vor der ersten Lesung –, obwohl wesentliche Monita der Freien Wohlfahrtspflege bereits im Kabinettsentwurf berücksichtigt worden sind und obwohl man danach so gut wie gar nichts mehr aus der Szene gehört hat.

(Zuruf von der SPD)

Ich wundere mich darüber schon, wobei mir die Motive auch klar sind.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ach, Herr Lindner!)

Die Kritik, die gestern von den Verbänden vorgebracht worden ist – die Kommunalisierung der Elternbeiträge, die Kopfpauschale, die angeblich eingeführt werden soll, die ominöse Quote beim Bedarf –, sind – jeder, der sich im Detail mit dem

Vorhaben befasst, weiß das – vorgeschobene Argumente.

(Zuruf von der SPD: Wollen Sie uns Inkompetenz unterstellen?)

Es mag andere Einwände geben; sie sind gestern mit Sicherheit nicht zur Sprache gekommen.

(Beifall von der CDU)

Das ist im Übrigen auch keine nordrhein-westfälische Spezialität. Wir haben in Bayern bei einem ähnlichen Gesetzesvorhaben gesehen, dass am Anfang alle hinter einem Vorhaben und hinter Eckpunkten standen, dass sich im Laufe der Parlamentsberatungen dann aber manche – ich drücke es wieder diplomatisch aus – von ihrer ursprünglichen Position emanzipiert haben.

Ich sage Ihnen, womit das zusammenhängt: Ein so komplexes Gesetzeswerk wie das KiBiz, das vor Ort auf eine so unterschiedliche Situation stößt, und bei dem auch zwischen den einzelnen Beteiligten – ich habe das ausgeführt – innerhalb der Trägergruppen und innerhalb der kommunalen Familie Interessenunterschiede bestehen, nimmt auch diejenigen, die mitverhandelt haben, in die Verantwortung, zu Kompromissen zu stehen und sie in ihrer eigenen Trägergruppe in der kommunalen Familie zu verteidigen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Das müssen wir von hier aus einfordern. Diejenigen, die mitgesprochen haben und die sich auf das Konsenspapier, das sich überwiegend – über Details kann man im Verfahren noch sprechen –

(Britta Altenkamp [SPD]: Au ja!)

im Gesetz wiederfindet, berufen, sind in der Mitverantwortung, diesen gemeinsamen Kompromiss vor Ort mitzuverteidigen. Da darf man auch in der eigenen Vereinigung nicht den Weg des geringsten Widerstands nehmen. Erst recht sollte man sich nicht auf windige Argumente berufen, um nachträglich aus einem solchen Verfahren auszuweichen.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie reden über die Träger von Kindertageseinrichtungen, auf die Sie angewiesen sind!)

Meine Damen und Herren, wir werden die Argumente, die vorgetragen worden sind, seriös prüfen. Unser Ziel ist es, dass wir nach dem modernsten Schulgesetz, dem freiheitlichsten Hochschulgesetz ein zeitgemäßes Kinderbildungsgesetz bekommen. Ich bin zuversichtlich, denn die Landesregierung hat eine gute Vorlage erstellt, die wir im Verfahren gewiss noch an der ein oder

anderen Stelle optimieren können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Frau Altenkamp spricht nun für die SPD.

(Britta Altenkamp [SPD]: Oh, ich dachte, der Minister redet noch!)

– Er hat seine Redezeit schon ausgeschöpft. Jetzt sind Sie dran!

(Britta Altenkamp [SPD]: Das konnte ich nicht wissen!)

– Er kommt in der zweiten Runde noch einmal dran.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich dachte, der Minister würde noch einmal antworten.

Herr Minister, Frau Kastner, Herr Lindner, Dinge passieren nicht dadurch, dass man Sie behauptet, sondern Dinge passieren dadurch, dass man den Menschen deutlich macht, was passieren soll, und sie für diese Dinge gewinnt.

Herr Minister, Ihr Interview in der „WAZ“ in der letzten Woche kommt bei vielen Menschen als Verhöhnung an.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn Sie müssen einfach sehen: Das Erscheinungsgebiet der „WAZ“ ist das Ruhrgebiet.

Sie sagen, der Elternbeitrag habe auch schon früher bei 19 % gelegen. Sie verlieren nicht ein Wort darüber, dass es trotzdem in vielen Kommunen zu Elternbeitragserhöhungsdiskussionen gekommen ist, und zwar gerade im Ruhrgebiet ...

(Minister Armin Laschet: Das hat nichts mit KiBiz zu tun!)

– Oh, das hat sehr viel mit KiBiz zu tun, weil in Ihrem Gesetzentwurf ausdrücklich diese Regelung fortgeschrieben wird, die Sie im GTK im Vorgriff auf das KiBiz geändert haben. Also hat das sehr viel dem KiBiz zu tun.

(Beifall von der SPD)

Sogar Bekannte von mir, die wirklich nicht zu den militanten Leserbriefschreiberinnen zu zählen sind, werden richtig sauer. Sie bekommen persönliche Schreiben von denen, weil sie sich verhöhnt fühlen. Sie haben nämlich im Augenblick jeden Monat 59 € mehr zu zahlen und hören von Ihrem

Familienminister: Der Elternbeitrag lag auch schon früher bei 19 %. – Das ist Verhöhnung, Herr Laschet!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zu einer anderen Sache, die auch nicht dadurch passiert, dass man sie einfach behauptet: Es wird verkündet, es werde mehr Personal geben. – Herr Laschet, ich habe Anfang dieser Woche, als Sie Ihre Pressekonferenz veranstaltet haben, versucht festzustellen, mit welchen Zahlen Sie da arbeiten. Bei der ersten Sichtung der Zahlen war klar, dass Sie übertreiben. In der Tat hatte ich gesagt: Es sind maximal 3.000 Stellen. Heute habe ich die Zahlen mit den Veröffentlichungen des LDS, des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, in Bezug auf die zu erwartende Zahl der Kinder abgeglichen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Die Firma Kienbaum hat für das Jahr 2006 eine Zahl von 496.414 Kindern errechnet. Tatsächlich sind aber nach LDS 615.108 Kinder vorhanden.

Für das Jahr 2007 berechnet die Firma Kienbaum 465.738 Kinder, während das LDS sagt: Tatsächlich sind es 582.845 Kinder.

Daraus folgt: Zusätzliche Erzieherinnen, berechnet auf der Basis von 582.845 Kindern im Jahre 2007, wird es nicht geben. Da reichen auch nicht die genannten 3.000 aus.

(Beifall von der SPD)

Wenn man die Kinderzahl herunterrechnet, dann kommt man in Relation zu mehr Erzieherinnen. Und das ist der perfide Trick, den Sie anwenden.

(Minister Armin Laschet: Das ist Quatsch!)

Ich will Ihnen ein Letztes mitgeben: Sie verhöhnen die Erzieherinnen. Der Ministerpräsident mit seinem Brief, den er plant, verhöhnt sie, aber Sie auch. Eines steht fest: Pauschalen kennen Gewinner und Verliererinnen. Und wissen Sie, wer die Verliererinnen Ihrer auf der Grundlage des BAT Stand 2005 berechneten Pauschalen – genau auf dieser Grundlage sind die Pauschalen berechnet! – sind, dieser Pauschalen, die bedeuten, dass schon bei einer 1,5%igen Steigerung

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– ich bin sofort fertig, Herr Präsident – bereits in zwei Jahren Träger, die ältere Erzieherinnen beschäftigen, vor der Situation stehen, sich fragen zu müssen, wie lange sie dieses bewährte und seit vielen Jahren bei ihnen tätige Personal ange-

sichts der Pauschalen tatsächlich noch beschäftigen können?

Herr Minister, wenn Sie hier erklären, es würde mehr Personal eingestellt, und wenn gleichzeitig die älteren Erzieherinnen wahrnehmen, dass sie bald aus dem System aussteigen müssen bzw. rausgeschoben werden, dann ist das auch Verhöhnung!

So viel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf; denn von dieser Entwicklung werden viele Frauen betroffen sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Minister, die Dinge werden nicht dadurch passieren, dass Sie behaupten, dass sie passieren könnten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion erhält Frau Kollegin Doppmeier das Wort.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns alle einig: Der Kindergarten ist die Elementarstufe des Bildungssystems. Wir wissen alle, dass die moderne Pädagogik und Psychologie zu den alten Vorstellungen, Bildung und Lernen würden erst später beginnen, wären Dinge, die warten könnten, bis die Kinder in die Schule kämen, inzwischen etwas anderes sagt. Gerade die frühkindliche Erziehung ist entscheidend für die langfristige Entwicklung der Kinder.

Genau das bietet KiBiz: mehr Bildung, mehr Förderung, mehr Geld im System und auch mehr Beschäftigte im Betreuungssystem.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das Gegenteil!)

Das sind nämlich die Eckpunkte. Frau Asch, Sie sprechen hier von einem Sinkflug. – Nein, es ist ein Steilflug!

(Ursula Meurer [SPD]: Steilflug nach unten!)

Es verbirgt sich dahinter nämlich nicht nur mehr Quantität und weniger Qualität, sondern mehr Quantität und mehr Qualität.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich auf „mehr Quantität“ eingehen: Jawohl, wir haben 11.000 Betreuungsplätze für die U3-Kinder übernommen. Und wir werden sie auf 90.000 im Jahre 2010 erhöhen. Das ist mehr Quantität.

(Beifall von der CDU)

Und mehr Qualität: Auch das haben wir. Denn wir haben die Bildungsdokumentation endlich einmal gesetzlich verankert. Das war vorher nur eine freiwillige Leistung.

Wir haben die Sprachförderung entsprechend verankert, sodass wir hier endlich Hand in Hand gehen, was die Sprachförderung der Kinder ab dem 4. Lebensjahr und nachher den Übergang in die Schule angeht. Das heißt, KiBiz und das neue Schulgesetz gehen Hand in Hand. Diese und die Tatsache, dass Kinder die frühe Förderung, die sie erhalten müssen, bekommen, ist der einzige Weg, um es zu schaffen, dass der schulische Erfolg von Kindern nicht mehr von ihrer sozialen Herkunft abhängt.

Nun zu den Pauschalen. Die Pauschalen sind mit den Trägern im Konsens verabredet worden. In diesen Pauschalen sind die entsprechenden Freistellungen, die entsprechenden Zeiten für Fortbildung und Weiterbildung enthalten. Angesichts dessen können Sie dann doch nur den Trägern vorwerfen, dass diese es nicht gut mit ihren Bediensteten, mit ihren Mitarbeitern meinen.

Sie sagen, es gebe keine altersgemischten Gruppen mehr. – Sie wissen genau, dass die drei Gruppen eine Finanzierungsgröße sind, nach der die Kosten berechnet werden, dass aber die Kommunen bzw. die Jugendhilfeplanung vor Ort festlegen, wie die Gruppen zusammengesetzt werden. Das heißt, hier ist so viel Individualität vor Ort möglich, wie Sie sie jahrelang den Kindergärten nicht gegeben haben.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich also zusammenfassen: Genau das, was Sie hier als unterschiedliche Betreuungszeiten kritisieren, ist doch das Wichtige. Wir wollen den Eltern individuell entgegenkommen und es ermöglichen, dass das junge Kind nur drei oder vier Stunden vormittags in der Einrichtung ist und dann wieder im elterlichen Heim betreut wird.

Darum haben wir entschieden: Wir wollen 25, 35 oder 45 Buchungsstunden, aber die Zahl der Stunden darf nicht unter 20 sinken; denn uns ist nämlich, genau wie Ihnen, der Bildungsauftrag wichtig. Darum müssen wir davon ausgehen, dass das Kind mindestens 20 Stunden in der Woche in der Kindertagesstätte betreut und gebildet wird.

Ich denke, all das zeigt, dass wir mit dem KiBiz genau auf dem richtigen Weg sind. Und ich finde es erschreckend, wie Sie vor Ort Angst schüren, Angst davor, dass Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen entlassen werden, obwohl die Zahlen in eine andere Richtung weisen: Wenn wir mehr

Plätze schaffen, brauchen wir auch mehr Erzieherinnen.

Wir sind hier auf einem guten Wege.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Meine Redezeit ist beendet; die weitere Diskussion können wir sicherlich im Ausschuss führen. – Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Der zuständige Minister, Herr Laschet, hat noch einmal um das Wort gebeten, obwohl die Redezeit der Landesregierung erschöpft ist. Herr Minister Laschet, wenn Sie jetzt reden, eröffnen Sie eine neue Runde. Bitte schön.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur auf zwei, drei Bemerkungen eingehen, die in der Debatte gefallen sind.

Das eine ist – und über die Frage werden wir wahrscheinlich noch lange diskutieren und philosophieren –: Ich hatte eben vorgeschlagen, dass Sie hier erläutern, was in Sachen „Kindergärten“ seit 2005 herausgeholt worden ist. Einige haben konkret dazu gesprochen, einige weniger konkret und einige, beispielsweise Frau Asch, mit Verdrehungen.

Denn genau den Elternbeitragsdefizitausgleich hatte ich ja hier erwähnt. Das habe ich gar nicht gelehnet. Das ist ein Punkt, mit dem im Rahmen der Konsolidierung nicht einfach umzugehen war.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe jederzeit zugestanden, dass das für die Kommunen und auch für die Eltern eine Belastung war. Das ist gar nicht die Frage.

Meine These war vielmehr: Im Vergleich zu 2005 gibt es nicht weniger Geld in den Kindergärten. Die Ausnahme ist der Trägerkonsolidierungsbeitrag. Den haben Sie in den Jahren 2004 und 2005 herausgeholt. Wir haben das fortgeschrieben. Es ist so ähnlich wie mit dem Kinder- und Jugendförderplan: 75 Millionen € waren drin, und nachher waren es auch noch 75 Millionen €.

(Hannelore Kraft [SPD]: Versprochen – gebrochen, Herr Laschet! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie können doch nicht eine von Ihnen versprochene, fiktive Erhöhung zu einer Kürzung umdeuten.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben das versprochen!)

– Wir haben im Wahlkampf überhaupt nicht über den Trägerkonsolidierungsbeitrag gesprochen, denn kein Mensch weiß, was ein Trägerkonsolidierungsbeitrag ist.

(Hannelore Kraft [SPD]: Damit haben Sie Wahlkampf gemacht! Dafür sind Sie gewählt worden!)

– Wir haben keinen Wahlkampf mit dem Trägerkonsolidierungsbeitrag in den Kindergärten gemacht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Haben Sie eine Ahnung!)

Faktum ist – 22. Mai 2005 –: Das Geld, das in den Kindergärten war, das also den Einrichtungen zur Verfügung stand, ist durch die Haushaltsmaßnahmen des Jahres 2006 an keiner Stelle weniger geworden. Das ist ein Faktum. Ich bitte Sie noch einmal: Wenn Sie das anders sehen, kommen Sie hierher und sagen Sie mir, wo es weniger geworden ist. Es gibt keine Stelle, an der die Einrichtungen weniger Geld haben als im Jahr 2005.

(Beifall von der CDU)

Um diesen Gedanken zu verfolgen, noch einmal: Wenn wir die Elternbeitragsfreiheit einführen – darüber kann man diskutieren –, muss man 150 Millionen € mehr in das System geben. Dieses Geld kommt aber natürlich nicht in den Kindergärten an. Die Kindergärten haben dann so viel Geld, wie sie vorher hatten. Nur die Eltern sind entlastet.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist doch ein Wert!)

Deshalb wäre meine Priorität, das Geld, wenn ich es denn hätte, in die Kindergärten zu stecken. Diese Unterscheidung muss man in einer solchen Debatte vornehmen. Wir können an einer anderen Stelle gern über den Elternbeitragsdefizitausgleich sprechen.

Jetzt sagt Frau Asch, ich würde die Leute mit dem Thema Erhöhung verhöhnen. – Frau Altenkamp, wenn jetzt jemanden eine Beitragserhöhung von 59 € trifft, dann doch nach dem alten GTK-System. Das hat überhaupt nichts mit einem Gesetz, das erst am 1. August 2008 in Kraft treten soll, zu tun.

(Beifall von der CDU)

Allein Ihr Beispiel zeigt die Absurdität: Sie ziehen jemanden heran, der jetzt mehr bezahlen muss,

und sagen, das Gesetz, das erst am 1. August 2008 in Kraft treten soll, sei schuld. Das ist mit simpler Logik schlicht und einfach nicht erklärbar.

(Beifall von der CDU)

Zweite Bemerkung. Sie haben über den Beschluss gesprochen, den die Mitgliederversammlung der Freien Wohlfahrtspflege am gestrigen Tag gefasst hat. Mir gegenüber hat die Kollegin Stewens aus Bayern vor einem Dreivierteljahr erklärt: Ich hatte einen Konsens mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Wohlfahrtspflege. Freuen Sie sich nicht zu früh; die springen im Rahmen des Landtagsverfahrens alle ab. – In Nordrhein-Westfalen sind sie sogar einen Tag, bevor der Landtag mit seinen Beratungen begonnen hat, abgesprungen.

Aber an einem werden sich die sechs Unterzeichner, die Freie Wohlfahrtspflege, die drei kommunalen Spitzenverbände und die zwei Kirchen, messen lassen müssen: an dem Ergebnis des Konsenses. Jeder Mensch wird das Konsenspapier, das die Eckpunkte zu den Gruppengrößen, der Stundenzahl und den Fachkräften enthält, zur Hand nehmen und akzeptieren müssen, dass die sechs Wohlfahrtsverbände im Konsens nicht mehr die Finanzierung der kleinen, altersgemischten Gruppen vorgesehen hatten, weil sie wussten, dass wir das System weiterentwickeln und stattdessen 20 Kinder von zwei bis sechs Jahren haben wollen.

Alle diese Punkte stehen in dem Gesetzentwurf. Insofern ist das die Basis, auf der wir gerechnet haben. Den Wohlfahrtsverbänden, den Trägern, die uns gesagt haben: „Wenn ihr die Pauschale so und so ansetzt, können wir Freistellungen machen und weiter ältere Erzieherinnen einstellen“, jetzt zu unterstellen, sie würden im nächsten Jahr alle die älteren Erzieherinnen entlassen, ist eine Ungeheuerlichkeit gegenüber den Trägern im Lande, Frau Altenkamp.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Das habe ich nicht getan! Das lesen Sie im Protokoll nach!)

– Sie haben gesagt: So, wie Sie die Pauschalen berechnet haben, werden im nächsten Jahr – weil das 2.005, BAT usw. ist – ältere Erzieherinnen entlassen werden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nicht im nächsten Jahr!)

– Bitte?

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich habe nicht „im nächsten Jahr“ gesagt, sondern dass das in zwei, drei, vier Jahren absehbar ist! Das ist etwas anderes, Herr Laschet!)

– Ich will Sie gar nicht falsch zitieren.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja, doch! Jetzt reicht es langsam! Nicht nur das hören, was Sie hören wollen!)

– Liebe Frau Altenkamp, das macht es aber doch keinen Deut besser.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein, das macht es allerdings! Das macht Ihr Gesetz keinen Deut besser! Da haben Sie recht!)

– Das macht es doch keinen Deut besser, wenn Sie denen unterstellen, sie würden die Leute nicht im Jahr 2008, sondern im Jahr 2009 entlassen.

Ich vertraue darauf, dass die Zahlen, die mir die Träger gegeben haben, geeignet sind, um weiterhin auch ältere Erzieherinnen einzustellen. Wenn Sie behaupten, die Träger werden diese entlassen, dann ist das eine Ungeheuerlichkeit gegenüber den Trägern.

(Beifall von der CDU)

Das ist so.

(Beifall von der CDU)

Ich brauche nicht ein halbes Jahr mit denen zu reden und einen Konsens zu erzielen, in dem sie mir zwar zunächst unterschreiben, mit der Summe bleiben ältere Erzieherinnen im System, wenn sie mir am Tag danach sagen: Haha, jetzt hast du es beschlossen, jetzt werden wir als erstes diese Erzieherinnen entlassen. Das wird nicht stattfinden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

(Zuruf: Er hat doch gar keine!)

Vizepräsident Edgar Moron: Er hat schon lange keine mehr. Das ist völlig richtig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Wir können in den Ausschussberatungen vieles noch einmal vertiefen.

In den Debatten müssen wir einige Dinge auseinanderhalten. Eines hat mir in der ganzen Debatte

am heutigen Morgen nicht eingeleuchtet: Wir geben 150 Millionen € mehr. Frau Asch, darüber können wir ganz schlecht streiten.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Sie sagen, ich könne nicht lesen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Im Haushaltsplan stehen für dieses Jahr 819 Millionen €. Für das nächste Jahr stehen 969 Millionen € darin. Man kann darüber philosophieren, ob dies eine Steigerung ist oder nicht.

Ob Adam Riese Mitglied der Grünen war oder nicht, weiß ich nicht. Es sind aber 150 Millionen € mehr. Diese kommen in den Kindergärten an. Das ist das Faktum, über das man eigentlich nicht streiten kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Man kann über vieles streiten. Man kann über Gruppengrößen, über Bildungskonzepte und alles Mögliche streiten.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Über 150 Millionen € mehr kann man aber nicht streiten.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Ich weiß, dass es den Jugendpolitikern bei Ihnen wehtut, dass sie nie eine Milliarde € zusammenbekommen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das tut ihnen weh. Das täte mir auch weh.

Die Kinder, die Eltern und alle vor Ort werden spüren, dass wir eine Milliarde € geben. Im Jahr 2010 werden Sie mit uns in den Wahlkampf ziehen. Dann stehen wir mit einer Milliarde € da, während Sie mit Ihren Kürzungen aus der alten Zeit dastehen. Dann werden wir mal schauen, wie es 2010 ausgeht. Ich bin da sehr zuversichtlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit beachtlich überzogen. Ich gebe deshalb allen Fraktionen noch einmal die Gelegenheit zu einem Kurzbeitrag von fünf Minuten. – Für die SPD-Fraktion beginnt Frau Kollegin Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Dass die Freie Wohlfahrtspflege die Erzieherinnen entlassen wird, habe ich erstens nicht gesagt. Zweitens ist der Pressemitteilung von gestern zu entnehmen: „Die Mitgliederversammlung der Wohlfahrtsverbände, die

heute in Düsseldorf getagt hat, befürchtet bei unveränderter Übernahme des Gesetzentwurfs Qualitätseinbußen,“ – jetzt kommt es – „Arbeitsplatzabbau auf Kosten der Kinder ...“

(Minister Armin Laschet: Das sind doch deren Zahlen!)

– Herr Minister Laschet, wie die darauf kommen, kann mir als Opposition völlig egal sein. Tatsache ist jedenfalls, dass auch die Wohlfahrtsverbände das kommen sehen, was ich vorhin geschildert habe.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Wenn Adam Riese möglicherweise kein Mitglied der Grünen war, dann war Adam Riese wahrscheinlich aber auch kein Mitglied der CDU bzw. der Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Das will ich Ihnen jetzt einmal an folgendem Beispiel schildern. In der heutigen Pressekonferenz zur Einbringung des Haushalts 2008 hat der Finanzminister zum Bereich Kinder, Jugend und Bildung Folgendes gesagt:

„Insgesamt sind in 2008 für die frühkindliche Bildung 969 Millionen € eingeplant. Das ist gegenüber 2007 ein Plus von mehr als 10 % (92 Millionen €). Zusätzlich stehen für den Aktionsplan ‚Frühe Förderung von Kindern‘ 13,4 Millionen € zur Verfügung.“

Das macht nach Adam Riese und Eva Zwerg jedenfalls nicht die 150 Millionen €, die Sie gerade in den Raum gestellt haben. Soviel steht doch wohl einmal fest.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen. Sie behaupten ebenso wie Frau Kastner und Herr Lindner, es handele sich nicht um ein Spargesetz. Wenn das kein Spargesetz ist, dann schauen Sie einmal auf den Sprechzettel Ihres Finanzministers. Er stellt nämlich voller Freude fest, dass es zu strukturellen Veränderungen und zu Haushaltskonsolidierungen durch das KiBiz gekommen ist. Das wurde gerade eben in der heutigen Pressekonferenz erzählt.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, vielleicht meinen Sie, mit diesem KiBiz den großen Wurf hinzulegen, und glauben, dies bringe die Entwicklung so richtig nach vorne.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Eines steht fest, und das will ich Ihnen nicht abstreiten: Sie haben die Landschaft erheblich aufgemischt. Das haben Sie ganz sicher getan.

Aber glauben Sie: Dass Sie das so schiedlich, friedlich über die Bühne bringen, immer erzählen und den charming young man geben können, dass Sie sagen können, es sei alles gar nicht so schlimm und befinde sich alles im Konsens,

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

ist eine Suppe, die Ihnen versalzen werden wird, und zwar nicht durch ein paar aufgeregte Oppositionstanten, sondern durch die Eltern, durch Erzieherinnen und die Menschen im Land, die über das, was Sie ihnen vorlegen, zutiefst sauer sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Für die CDU-Fraktion hat Frau Kastner zu einem fünfminütigen Beitrag die Gelegenheit. Bitte schön.

Marie-Theres Kastner (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde die fünf Minuten nicht ausschöpfen. Frau Altenkamp, ich habe den Eindruck, was man hier hört, grenzt geradezu an Geisterbeschwörung.

Ich verstehe vor allen Dingen eines nicht: Ich verstehe nicht, mit welcher Chuzpe Sie uns vorwerfen, wir würden die Qualität in den Kindertageseinrichtungen mindern. Vor gerade einmal neun Jahren haben Sie 1998 eine GTK-Reform durchgeführt, durch die der Personalschlüssel in den normalen Tageseinrichtungen für Kinder und bei den Gruppen der Drei- bis Sechsjährigen in den Kindergärten fast halbiert worden ist. Mehr als 4.000 Erzieherinnen landeten dadurch auf der Straße.

Mich wundert, wie Sie dann sagen können, wir werden ein Gesetz erlassen, durch das wir zwar 90.000 zusätzliche Plätze haben, durch das aber gleichzeitig auch Erzieherplätze abgebaut werden.

Wenn Sie selbst so gearbeitet haben, ist das für mich gegen jeden Anstand. Es ist aber auch gegen jedes Rechenbuch von Adam Riese. Selbst wenn ich 75 % dieser 90.000 Plätze auf Einrichtungen und 25 % auf Tagespflege verteile, dann brauche ich für die 90.000 zusätzlichen Plätze immer noch zusätzliches Personal, selbst wenn ich Gruppen für Drei- bis Sechsjährige schließen muss. Um das herauszubekommen, brauche ich nicht einmal einen Rechenschieber. Dafür brauche ich bloß normalen Menschenverstand.

Deshalb: Hören Sie auf, durch die Lande zu ziehen und den Erzieherinnen in diesem Land zu erzählen, sie würden demnächst aussortiert und ich weiß nicht, was sonst noch.

(Ingrid Hack [SPD]: Das erzählen nicht wir! Das sagen die uns selber, Frau Kastner! – Zuruf von der SPD: Die können selber lesen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich glaube schon, dass die lesen können. Ich höre bei Veranstaltungen dennoch gelegentlich etwas anderes, als in dem Gesetzentwurf steht, aus entsprechenden Fragen heraus.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die lesen Ihre Texte, Ihre Entwürfe, Frau Kastner!)

– Nein.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die haben das Internet bemüht und genau nachgelesen!)

Ich stelle dann immer ganz deutlich fest, dass wir, wenn wir das durchdeklinieren, zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Da sitzt mir zum Beispiel letzte Woche jemand gegenüber und meint: Die im Gesetz vorgesehenen Pauschalen sind so gering, dass wir nur noch 400-Euro-Kräfte einsetzen können.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das habe ich nie erzählt, Frau Kastner! Da können Sie sicher sein!)

Ich habe erwidert, das könne überhaupt nicht sein, weil in den Pauschalen von Fachkräften die Rede ist. Ich kann mir schlecht vorstellen, dass Fachkräfte für 400 €, für einen Minimallohn, arbeiten werden oder dass das auch nur angestrebt wird. Das wird aber behauptet, weil es den Leuten suggeriert worden ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zuhören! Nachlesen! – Zurufe von Hannelore Kraft [SPD] und Britta Altenkamp [SPD])

– Diese Situation werden Sie auch durch Zwischenrufe beim besten Willen nicht ändern, Frau Kraft.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zumindest durch die korrigierenden, weil Sie es nicht zur Kenntnis genommen haben!)

Die errechneten Trägerpauschalen sind nicht von Politikern ausgerechnet worden, die sich nicht tagtäglich in dem Bereich bewegen, sondern von den Trägern, die tagtäglich mit den Erzieherinnen und mit den Einrichtungen umgehen.

(Beifall von der CDU)

Ich kann mir nicht vorstellen – ich sage das ganz ernsthaft –, dass Träger Summen in den Raum stellen, obwohl sie wissen, dass bei ihnen auch ältere Erzieherinnen und damit diejenigen arbeiten, die sie ja gar nicht loswerden können.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aufpassen, Frau Kastner! Es geht alles bei jährlicher Planung!)

– Was alles geht, ist dann die zweite Frage. – Aber Sie unterstellen den Trägern einfach, dass sie ihre eigenen Beschäftigten nicht ernst nehmen. Ichweigere mich, das genauso zu tun. Ich meine, dass wir mit den Pauschalen eine auskömmliche Summe haben.

Im Übrigen verstehe ich weder Herrn Stadler von der AWO in Ostwestfalen, der nach Abschluss des Konsenses in der Zeitung verkündet hat, dass der Prozess demokratisch war, dass er richtig war und dass er qualitativ gut gelaufen ist,

(Beifall von der CDU)

noch den Sprecher des Paritätischen, der mir vor acht Tagen ebenfalls noch erklärt hat, dass er den Konsens tragen kann. Dann frage ich mich wirklich: Warum sagen sie mir das ins Gesicht und drehen sich dann um und handeln anders? Das kann es einfach nicht sein. Darüber werden wir sicherlich noch einmal intensiv reden und gucken müssen, wie wir das wieder in andere Bahnen lenken können. Das kann einfach so nicht sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kastner. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Asch noch einmal das Wort, und zwar auch fünf Minuten.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kastner, Sie werfen uns hier Geisterbeschwörung vor. Ich glaube manchmal, das ist genau die Rolle, die Sie hier spielen. Mir scheint es, dass Sie in der Tat von allen guten Geistern verlassen sind,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

wenn man Sie hier reden hört. Sie tun ja geradezu so, als würden wir von der Opposition sämtliche Fachverbände, alle Erzieherinnen im Land, alle, die tagtäglich die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen machen, aufhetzen.

(Zurufe von der CDU)

Das ist so absurd. Ich würde mir ja manchmal diesen Einfluss wünschen, aber es ist absurd.

Wenn Sie die Leute, die die fachliche Kompetenz besitzen, die die Arbeit vor Ort leisten und die Ihnen den Spiegel vorhalten, welche Konsequenzen Ihr Gesetz haben wird, sozusagen als Einflussfaktor der Opposition hinstellen, dann verhöhnen Sie sie ein zweites Mal.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Minister Laschet, zu der Rechnung: Offenbar scheint das nicht Ihre Stärke zu sein. Ich mache es einmal ganz einfach. Wie Sie wissen, habe ich drei Kinder. Da gibt es immer wieder Diskussionen um das Taschengeld. Jetzt könnte ich sagen: Ihr lieben Kinder, in diesem Monat nehme ich Euch einmal 15 € weg. – Das entspräche ungefähr den 150 Millionen €, die Sie den Einrichtungen 2006 weggenommen haben. –

(Zuruf von Minister Armin Laschet)

Dann lege ich den Kindern das Geld ein Vierteljahr später wieder drauf, verlange aber von ihnen, dass sie davon erstens zukünftig ihre Jeans und zweitens ihre Kinokarte bezahlen. Drittens verlange ich, dass sie mir unglaublich dankbar dafür sind, dass sie jetzt noch mehr Geld bekommen, und immer sagen, liebe Mama, wie toll bist du, dass du uns mehr Geld zur Verfügung stellst. – Das ist die Rechnung, die Sie aufmachen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das sind Taschenspielertricks. Da können Sie uns und der Presse Zahlen um Zahlen produzieren: Jede und jeder kann es im Haushalt nachlesen. Da steht es schwarz auf weiß. Jeder kann es nachprüfen, jeder von Ihnen und von Ihnen und von Ihnen.

Ein anderer Punkt. Liebe CDU-Fraktion, liebe FDP-Fraktion, lieber Herr Minister, wenn dieses Gesetz wirklich so gut ist, wie Sie das hier darstellen, wenn es wirklich angeblich das modernste Kindergartengesetz in der Bundesrepublik ist, dann frage ich mich: Warum haben Sie es dann nötig, die vorgesehenen Anhörungsverfahren hier so durchzupeitschen, dass letztendlich nur die Sommerferien zur Verfügung stehen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

um die Verbände zu einer Position zu bringen und auch uns als Fraktionen überhaupt in die Lage zu versetzen,

(Minister Armin Laschet: Was ist das denn für ein Schwachsinn?)

diese Anhörungen seriös vorzubereiten? Heute, in der letzten Sitzungswoche, meine Damen und Herren, wird dieses Gesetz eingebracht. Die erste

Anhörung findet in der ersten Sitzungswoche nach den Ferien statt. Das ist nicht seriös. Das ist Durchpeitschen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Armin Laschet: Das sind zwei Monate!)

Das ist kein geordnetes parlamentarisches Verfahren.

(Minister Armin Laschet: So ein Unsinn! Sie wissen doch schon alles!)

– Ja, natürlich weiß ich alles.

(Minister Armin Laschet: Das sind zwei Monate Zeit! – Helmut Stahl [CDU]: Was soll der Quatsch?)

Bestätigen Sie es oder bestätigen Sie es nicht? Sie haben heute noch die Möglichkeit, ein anderes Verfahren vorzuschlagen,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Armin Laschet: Die kennen das seit anderthalb Jahren! Das ist lächerlich!)

ein Verfahren, das es uns als Opposition und den Fachverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden, ermöglicht, seriös Stellung zu nehmen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist unseriös, was Sie jetzt machen!)

– Das ist nicht unseriös.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Meine Damen und Herren! Wenn das Gesetz so gut ist,

(Minister Armin Laschet: Karneval!)

dann stellen Sie sich der gesellschaftlichen Diskussion und geben Sie genug Raum für eine geordnete Beratung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Armin Laschet: Machen wir doch Tag für Tag!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Nachdem sich das Parlament etwas beruhigt hat, darf ich dem Kollegen Lindner von der FDP das Wort geben – auch für fünf Minuten.

(Zurufe von der SPD – Minister Armin Laschet: Das wird immer absurder!)

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch in der zweiten Runde haben die – ich zitiere Britta-Altenkamp –

„aufgeregten Oppositionstanten“ nicht vermocht, ihre Position darzulegen.

(Zuruf von der SPD)

– Sie haben ja keine. Sie haben offenbar kein eigenes Konzept; zumindest erinnern Sie sich nicht mehr an Ihr Konzept.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Reden wir über Ihr Gesetz, oder worüber reden wir, Herr Kollege? Gucken Sie auf die Tagesordnung!)

Deshalb will ich mir erlauben, Sie an Ihr Konzept zu erinnern. Ich tue das auf der Basis der Mitteilungen des Städte- und Gemeindebundes Nr. 346/2004 vom 21. April 2004. Ich zitiere:

„Das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder hat die Geschäftsstelle“

– des Städte- und Gemeindebundes –

„über die Pläne zur Weiterentwicklung des GTK informiert. ... Die Landesförderung der Personalkosten im Bereich des GTK soll zukünftig als Einheitspauschale erfolgen, die die durchschnittlichen Kosten für eine Fachkraft sowie eine Ergänzungskraft bezogen auf eine ‚Standard-Kindergartengruppe‘ ... berücksichtigt.“

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Ich lasse etwas aus. Dann geht es weiter:

„Die Elternbeiträge sollen analog der neuen Regelung der offenen Ganztagsgrundschule ausgestaltet werden. ... Mit dieser Neuregelung will sich das Land aus der sogenannten Defizit- ausgleichsregelung zurückziehen, ...“

Städte- und Gemeindebund, Mitteilung vom 21. April 2004.

(Beifall von FDP und CDU – Frank Sichau [SPD]: Was ist daraus geworden? – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Da haben Sie die Frechheit, hier ein Gesetzgebungsvorhaben zu kritisieren, das in wesentlichen Punkten auf Vorarbeiten und Kabinettsbeschlüssen Ihrer Regierung basiert.

(Zurufe von der SPD)

Da haben Sie die Frechheit, sich von Ihrer Position so weit zu entfernen, dass Sie den Eindruck erwecken, unter Ihrer Verantwortung sei alles rosarot gewesen und wir würden jetzt in den Standardabbau einsteigen.

(Ingrid Hack [SPD]: Das haben wir nie behauptet!)

Das Gegenteil ist der Fall. Die Pläne, die Sie damals erwogen haben, hätten dazu geführt, dass flächendeckend Elterninitiativen hätten dichtmachen müssen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sagen, Sie wollen es besser machen, und Sie führen die Menschen ins Chaos! – Weitere Zurufe von der SPD)

weil Sie keine Differenzierung mehr bei den Trägeranteilen vorgesehen hatten. Wir sorgen dafür, dass die ihre Arbeit weiter fortsetzen können. Sie kritisieren Standardabbau und haben ihn selbst zu verantworten gehabt.

(Zuruf von der SPD)

Wie Sie das damals auch camoufliert haben. Ich will an Birgit Fischer erinnern. – Dann komme ich zum Ende meiner Rede, Herr Moron. – Frau Fischer hat als zuständige Ministerin zu einem Zeitpunkt, als 4.000 Stellen – die zweite Fachkraft in der Gruppe – gestrichen worden sind, gesagt: „Qualität hat nicht nur etwas mit Geld und Stellen zu tun.“

(Frank Sichau [SPD]: Warum denn?)

Das war zynisch, und so sind wir nicht. Wir geben mehr Geld für mehr Aufgaben. Deshalb ist das ein gutes Gesetz.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer sonst, wenn nicht Sie?)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Jetzt hat zu einer Kurzintervention – wörtlich: ein Satz! – der Finanzminister das Wort.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war zufällig im Raum, als mich Frau Altenkamp aus meiner Pressekonferenz von heute Morgen falsch zitierte. Das möchte ich gerne richtigstellen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Ich nehme zur Ehrenrettung von Frau Altenkamp an, dass sie von dem Mitarbeiter der Fraktion falsch informiert wurde und sie es nicht bewusst getan hat, um hier einen falschen Eindruck zu erwecken.

Ich habe erklärt, dass für die frühkindliche Bildung – KiBiz – 969 Millionen € im Haushalt 2008 eingeplant sind. „Das ist gegenüber 2007 ein Plus von mehr als

10 % (92 Millionen €).“ Sie glauben gar nicht, wie bei dem verkorksten Haushalt, den uns die rot-grüne Landesregierung hinterlassen hat,

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD] – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

es dem Finanzminister und dem Kabinett schwergefallen ist, fast 100 Millionen mehr in diesen Bereich hineinzugeben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dieser Satz musste ja sein! – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Ich erlaube mir in einem letzten Satz festzustellen: Kollege Laschet ist mir lieb, aber auch sehr teuer. Allerdings wollen wir diese Priorität.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. Es war beinahe nur ein Satz.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Wir kommen ans Ende der Debatte.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das muss ich klarstellen!)

– Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen, wie lang unsere Tagesordnung ist.

(Zurufe von der SPD)

Dann gebe ich jetzt Frau Altenkamp für eine wirkliche Kurzintervention das Wort. Dann ist es das aber auch für heute.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Minister Linssen, wenn Sie gleich einen Abgleich mit dem Protokoll vornehmen, dann werden Sie feststellen, dass ich exakt diesen Passus aus der Presseinformation, die Sie heute an die Presse gegeben haben, vorgelesen habe, und zwar wortwörtlich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe sogar den zweiten Satz zitiert.

Es ist mir sehr wichtig festzustellen, dass ich hier keine Falschinformation, weder bewusst noch unbewusst, gegeben habe. Ich wiederhole, wenn Sie es wollen, diesen Abschnitt gerne noch mal:

„Insgesamt sind in 2008 für die frühkindliche Bildung 969 Millionen € eingeplant. Das ist gegenüber 2007 ein Plus von mehr als 10 % (92 Millionen €). Zusätzlich stehen für den Aktionsplan ‚Frühe Förderung von Kindern‘ 13,4 Millionen € zur Verfügung.“

Das ist exakt das, was ich hier aus Ihrer Presseerklärung zitiert habe,

(Hannelore Kraft [SPD]: Keine 150!)

und zwar wörtlich. Ich möchte festhalten, dass das keine Falschinformation des Parlamentes war; denn sonst hätten Sie die Öffentlichkeit heute falsch informiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird jetzt zu einer Lesestunde. – Bitte, Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Es tut mir leid, Herr Präsident. Frau Altenkamp, ich konnte vorhin ja nicht noch mehr Sätze sprechen.

Sie haben dann hinzugefügt, dies sei aus Gründen der Haushaltskonsolidierung erfolgt. Das hätte ich vor der Presse gesagt. Das weise ich zurück. Das war eine Falschinformation des Parlamentes durch Sie.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, ich schließe jetzt die Beratung.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/4410** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**, und zwar federführend, sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**, den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, den **Ausschuss für Frauenpolitik** und den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig haben wir das so beschlossen.

Ich rufe auf:

2 Mehr Frauen in Wissenschaft und Forschung!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4485

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Dr. Boos das Wort. Bitte schön.